

# Übersichten

## Außenpolitik

\*(1)

**EG-Kommission eröffnet eigene Botschaft in China: Krönung einer erfolgreichen Entwicklung**

Am 5. Oktober 1988 wurde die EG-Botschaft in China eröffnet. Erster Botschafter ist Pierre Duchateau. An der Eröffnung nahm der EG-Kommissionär für auswärtige Angelegenheiten, Willy de Clercq, sowie der chinesische Minister für Außenwirtschaft und Außenhandel, Zheng Tuobin, teil.

Offizielle Beziehungen zwischen China und der EG bestehen seit September 1975. Das erste Handelsabkommen, das für beide Seiten die Meistbegünstigungsklausel enthielt, wurde 1978 unterzeichnet. Die EG hat im Laufe der Jahre das Import-Kontingent für China laufend erhöht.

Außerdem wurde mit dem Handelsabkommen ein gemeinsames Komitee gegründet, das seine Jahressitzung abwechselnd in Beijing und in Brüssel durchführt.

Bereits im Juli 1979 wurde zwischen beiden Seiten ein Abkommen über den Textilhandel abgeschlossen. Am 1. Januar 1980 wurden der VR China allgemeine Zollpräferenzen eingeräumt, d.h. die Zölle wurden für bestimmte Kategorien industrieller Fertigwaren aufgehoben oder ermäßigt.

Seit 1978 wurde die Zusammenarbeit laufend erweitert, und zwar auf die Gebiete Energie, Wissenschaft, Technologie, Entwicklungshilfe und Fachkräfteausbildung. Durch ein weiteres Abkommen vom 21. Mai 1985 wurde dieser neuen Entwicklung Rechnung getragen.

Darüber hinaus kam es zu häufigen gegenseitigen Besuchen auf Parlamentsebene. Außerdem wurde ein politisches Konsultationssystem mit regelmäßigen Ministertreffen eingerichtet.

1987 belief sich das Handelsvolumen zwischen beiden Seiten auf 11.049 Mrd. US\$ - eine Vervierfachung gegenüber 1978. Damit steht die EG nach Hongkong und Japan an dritter Stelle im Außenhandel mit China.

Zwischen 1979 und 1987 investierte die EG außerdem eine Summe von 1,75 Mrd. US\$ in China und lag damit hinter den USA und Hongkong ebenfalls an dritter Stelle.

Es existiert jedoch noch eine Reihe von Hindernissen:

Die EG-Seite beklagt die unzureichende Vermarktungsqualität vieler chinesischer Waren - bisweilen auch der Verpackung und der Standardisierung. Außerdem komme China häufig mit der Lieferung in Verzug. Des Weiteren sei die Volksrepublik leider immer noch nicht in der Lage, Konsumartikel en gros aus den EG-Staaten zu importieren.

Die chinesische Seite umgekehrt beklagt gewisse Diskriminierungen seitens der EG. China werde in Brüssel leider nicht als Entwicklungsland behandelt; man teile dort die Handelspartner vielmehr nach fünf Gruppen auf, nämlich Länder der EFTA, der AKP, Mittelmeerländer, GATT-Länder und Staatshandelsländer, wobei China zu den Staatshandelsländern gerechnet werde - mit der Folge, daß es nicht in den Genuß jener Zollpräferenzen und Befreiungen komme wie beispielsweise die AKP-Länder; sämtliche industriellen und landwirtschaftlichen Produkte aus den "Staatshandelsländern" müßten verzollt werden und unterlägen Importbeschränkungen. Dies sei eine der Hauptursachen für das ständige Handelsbilanzdefizit Chinas gegenüber der EG: 1985 waren es beispielsweise 3,6 Mrd. US\$ und 1987 3,4 Mrd.

Ansonsten aber erweist sich die EG als idealer Partner, u.a. im Entwicklungshilfebereich. Im Juli 1988 wurden drei neue Projekte zugesagt:

Zwischen 1988 und 31. Oktober 1990 stellt Brüssel 350.000 Ecu pro Jahr zur Verfügung, um ein "Agricultural Exchange Center" in Beijing einzurichten. Ferner hat die EG im September 1988 Experten in die Provinz Fujian entsandt, wo ein Fischereiprojekt hochgezogen werden soll. Drittens werden z.Zt. Ertragsstudien über den Anbau von Sonnenblumen und Mais in der Provinz Jilin erarbeitet.

Alle drei Projekte sind Teil jener jährlichen Finanz- und Wirtschaftshilfe, die die EG der VR China seit 1984 jährlich in Höhe von 7 Mio. US\$ gewährt. In den vergangenen vier Jahren sind bereits 13 Projekte fertiggestellt worden, u.a. im Bereich der Milchwirtschaft, der Flutkontrolle, der Früchtelagerung, der Garnelenzucht, der Gemüsesaatzucht, der ländlichen Wasserversorgung, der Entwicklung von Zuckerrüben, der Bodenkonservierung, der Verbesserung von Gummiqualititäten u.dgl.

Außerdem gewährt die EG Katastrophenhilfe. Als am 20. Mai 1988 in der Provinz Fujian eine Flutwelle neunzig Personen tötete und 2,8 Millionen Menschen obdachlos machte, stellte die EG Nothilfe in Höhe von 500.000 Ecu zur Verfügung (XNA, 22.7.88).

Höchst angetan zeigte sich Beijing von den Ergebnissen der 39. regelmäßigen Gipfelkonferenz der EG, die in Hannover stattfand, und die eine Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts bis 1992 vorsieht. Die Konferenz verabschiedete 91 von rund 300 Resolutionen, die notwendig sind, um einen einheitlichen Binnenmarkt herzustellen. Auch einigten sich die EG-Vertreter auf einen freien Umlauf von Kapital, ungehinderten Straßentransport und gegenseitige Anerkennung der Hochschulabschlüsse. Problematisch seien allerdings immer noch verschiedene "soziale Auswirkungen" sowie die Einführung einer einheitlichen Währung. Von einem Gesamtmarkt in einer Größenordnung von 320 Millionen Menschen, der zugleich zum größten Markt der Welt überhaupt zu werden verspricht, erwartet sich China auch eine Belebung des eigenen Außenhandels. -we-

\*(2)

**Yao Yilin zu Besuch in der Bundesrepublik; zum Stand der deutsch-chinesischen Beziehungen**

Vom 3. bis 10. Oktober 1988 besuchte der Stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin die Bundesrepublik. Yao ist Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, also einer der fünf

ranghöchsten Politiker Chinas. Viele Jahre hindurch war er oberster Planungschef. In der chinesischen Führung darf er - neben Chen Yun - als graue Eminenz für Wirtschaftsfragen gelten. Er führte einen Meinungsaustausch mit mehreren Ministern, warb für verstärkte deutsche Investitionen in China (XNA, 12.10.88) und nahm in Bonn an der Unterzeichnung zweier Abkommen zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland teil, nämlich einer Vereinbarung über finanzielle Zusammenarbeit, die darauf abzielt, die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen beiden Ländern zu fördern, und in deren Rahmen Bonn der VR China 1988 ein weiches Darlehen in Höhe von 200 Mio. DM zu 2% Zinsen gewährt, sowie einer Übereinkunft über den technologischen Transfer von integrierten Schaltungen in größeren Mengen (XNA, 4.10.88). Yao besuchte auch mehrere Städte, u.a. Hamburg und Stuttgart. In Hamburg würdigte er die Rolle der Hansestadt als Brücke für die wirtschaftlich-kommerziellen Verbindungen zu China und besichtigte dort u.a. die MBB-Flugzeugfabrik, die gemeinsam mit der chinesischen Im- und Exportgesellschaft für Luftfahrttechnik Zivilflugzeuge für die neunziger Jahre herstellen soll. Auch besuchte er in Wolfsburg das VW-Werk. Zum Abschluß seines Besuches wurde er am 12.10. von Bundeskanzler Kohl empfangen. Am 13. reiste er in die CSSR weiter.

Fast zur gleichen Zeit wie Yao die Bundesrepublik, besuchte Altbundeskanzler Helmut Schmidt die VR China und wurde dort nicht nur von Ministerpräsident Li Peng, sondern auch von Deng Xiaoping zu einem, wie es hieß, "freundschaftlichen Gespräch" empfangen.

Die Kommentare der chinesischen Presse über die Bundesrepublik sind nach wie vor freundlich, so z.B. ein Bericht von *Xinhua* (XNA, 8.9.88) über die sich wieder erholende deutsche Wirtschaft. Die Berichterstattungen über die Bundesrepublik pflegten ins Detail zu gehen und reichten bis zu der Meldung, daß an der Westküste von Schleswig-Holstein 4.059 Seehunde tot aufgefunden worden seien (XNA, 7.9.88).

Vom 10. bis 13. August 1988 fand an der Tongji-Universität in Shanghai das zweite Nationale Symposium der Chinesischen Gesellschaft zur Forschung über die Bundesrepublik Deutschland statt, in dessen Verlauf 23 Referate zur

wirtschaftlichen und politischen Lage der Bundesrepublik gehalten wurden. Themen waren u.a. die neuen Tendenzen in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Ferner wurde die wirtschaftliche Situation Deutschlands im Hinblick auf die Errichtung eines europäischen Binnenmarkts bis zum Jahre 1992 erläutert. Gefragt wurde auch nach den Lehren, die China aus den politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen der Bundesrepublik für sich selbst ziehen könne.

Seit Anfang 1988 gibt es die Fachzeitschrift *Studien über die Bundesrepublik Deutschland*, deren Aufgabe es ist, die Deutschlandkenntnisse in China zu vertiefen.

An der Spitze der Gesellschaft für die Erforschung der Bundesrepublik steht der ehemalige chinesische Botschafter in Bonn, Wang Shu. Berater und Ehrenvorsitzende sind der bekannte Experte für internationale Fragen, Huan Xiang, und Professor Li Guohao.

An dem Symposium nahmen 54 chinesische Experten und Nachwuchswissenschaftler teil. Vertreter des deutschen Generalkonsulats in Shanghai und einige Deutsche, die bei verschiedenen Joint Ventures in Shanghai arbeiten, nahmen als Gäste an der Abschlußfeier teil. -we-

#### \*(3) "Fernsehbrücke" Hamburg-Shanghai

Am 4. September veranstalteten das ZDF und die Fernsehanstalt Shanghai eine gemeinsame Sendung mit dem Titel "Fernsehbrücke Shanghai-Hamburg", in der das zweijährige Jubiläum zum Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen der größten Stadt Chinas, Shanghai, und Hamburg, dem deutschen "Tor zur Welt", gefeiert wurde. Während des eineinhalbstündigen Programms diskutierten auf jeder Seite 30 Teilnehmer über tägliche Probleme von gemeinsamem Interesse. Außerdem wurden Reportagen über das Shanghaier Volkswagenwerk und über die Hamburger Flugzeugwerke MBB ausgestrahlt. -we-

#### \*(4) Chinas Atombomben-Politik gestern und heute

Yang Zenghe, Mitarbeiter des Forschungszentrums für Parteiliteratur beim ZK der KPCh, faßte in einem Bericht die Geschichte der Atombombe in China zusammen, wobei zahl-

reiche, bisher nicht bekannte Details auftauchen.

Ausgangspunkt einer eigenen chinesischen Atombombe war ein Bericht des Ministeriums für Geologie und Bodenschätze über die geologischen Schürfungsergebnisse d.J. 1954, in dem mitgeteilt wurde, daß in der Provinz Guangxi Uranvorkommen entdeckt worden seien.

Im Januar 1955 beschloß eine ZK-Sitzung unter Leitung Mao Zedongs den Aufbau einer chinesischen Atomindustrie - stets mit Seitenblick auf die beiden Supermächte:

- Die USA hatten als erste Macht in einem Krieg Kernwaffen eingesetzt, hatten des weiteren den Einsatz von Nuklearbomben auch während des Koreakrieges erwogen und in einem Bericht des Generalstabs an Präsident Eisenhower die generelle Bereitschaft zur Verwendung von Atomwaffen im Kriege angeregt. Im Hinblick auf diese Möglichkeit erklärte Mao bei einer erweiterten Sitzung des Politbüros im April 1956, daß China selbst Atomwaffen besitzen sollte, um sich nicht nuklear erpressen lassen zu müssen.

- Bereits im Februar 1956 hatte Chruschtschow in einem Schreiben an Mao Zedong ein Angebot unterbreitet, China bei der Entwicklung seiner Atomindustrie zu helfen. Kurze Zeit später kam es zur Unterzeichnung eines Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Die UdSSR lieferte eine Reihe von Anlagen und schickte Experten. Dann aber stellte Chruschtschow, wie es heißt, "großmachtchauvinistische Forderungen", versuchte "China unter Kontrolle zu bringen" und verweigerte schließlich am 20.6.1959 die Lieferung eines Atombombenmusters und die Bereitstellung der technischen Daten für die Herstellung von Atomwaffen in China. Am 16. Juli 1960 schließlich überreichte die sowjetische Regierung der chinesischen Regierung eine Note, in der sie bekanntgab, daß im Zeitraum zwischen dem 28. Juli und dem 1. September 1960 alle sowjetischen Experten aus China abgezogen würden.

Bereits zwei Tage später reagierte Beijing. Am 18. Juli 1960 erklärte Mao auf einer ZK-Sitzung, daß China die Atombombe nun selbst herstellen sollte, wenn die UdSSR ihm entsprechende Hilfe verweigere. Zu diesem Zweck wurden Nuklearfachleute aus verschiede-

denen Ministerien, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammengezogen und in das "2. Ministerium für Maschinenbau" (das später in "Nuklearministerium" umbenannt wurde) versetzt. Darüber hinaus entstand im November 1962 eine ZK-Sonderkommission, die die Koordination im Bereich der Kernindustrie übernahm. Bereits zwei Jahre später, am 16. Oktober 1964, konnte der erste Atombombentest Chinas erfolgreich durchgeführt werden.

Drei Jahre später, im Juni 1967, kam es - mitten in den Wirren der damaligen Kulturrevolution - zum ersten Test einer Wasserstoffbombe. Hatte der Testzeitraum zwischen der ersten Atom- und der ersten Wasserstoffbombe in den USA sieben Jahre und vier Monate, in der Sowjetunion vier Jahre, in Großbritannien vier Jahre und sieben Monate, in Frankreich acht Jahre und sechs Monate gedauert, so waren es in China nur zwei Jahre und acht Monate. Im Juli 1967 bedankte sich Mao Zedong bei Chruschtschow auf ironische Weise: "Wir danken ihm, daß er uns durch die Zurückberufung der sowjetischen Experten gezwungen hat, unseren eigenen Weg zu gehen. Wir sollten ihm eine Tonne schwerer Orden verleihen".

Immer wieder betonte China seit 1964, daß es mit der Herstellung eigener Bomben das "nukleare Monopol der Imperialisten und deren Erpressungsversuche" habe bekämpfen wollen. Noch vor dem ersten Atombombenversuch hatte Mao Zedong im Dezember 1963 erklärt, daß China eine rein defensive Strategie verfolge. Die Anzahl seiner Atombomben und Raketen werde nie die Zahl anderer Länder überschreiten - ein Versprechen, das zu dieser Zeit leicht von den Lippen ging und von den beiden Supermächten ironisch kommentiert wurde. Im Oktober 1964 erklärte China, daß es unter keinen Umständen als erstes Land Atomwaffen einsetzen werde. Gleichzeitig schlug die chinesische Regierung die Einberufung einer internationalen Gipfelkonferenz vor, auf der über das allseitige Verbot und die vollständige Vernichtung aller Atomwaffen diskutiert werden sollte.

Die Haltung Beijings zur Atombombe läßt sich heute auf einen vierfachen Nenner bringen:

- Vorrang der nuklearen Abrüstung vor der Abrüstung anderer Waffengattungen.

- Allseitiges Verbot des Einsatzes und vollständige Vernichtung aller Atomwaffen als Endziel nuklearer Abrüstungspolitik.

- Vorleistungen der beiden Supermächte: Sie sollten als erste die Tests, die Herstellung und die Stationierung einstellen und alle Atomwaffen, die sie im In- oder Ausland stationiert haben, drastisch reduzieren und vernichten. Anschließend solle eine repräsentative internationale Konferenz über nukleare Abrüstung stattfinden, auf der alle im Besitz von Atomwaffen befindlichen Staaten über Schritte und Maßnahmen für eine vollständige Vernichtung der Atomwaffen diskutieren sollten.

- Solange das Endziel, nämlich die vollständige Vernichtung aller Atomwaffen, nicht erreicht sei, sollten sich sämtliche Atomwaffenbesitzer verpflichten, nicht als erste Atomwaffen anzuwenden und sie auch nicht gegen die kernwaffenfreien Staaten oder Zonen einzusetzen (BRu 1988, Nr.36, S.26 f.). -we-

---

## Innenpolitik

---

\* (5)

### 11. Plenarsitzung des KPCh-Politbüros

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh trat am 2. September zu seiner 11. Plenarsitzung zusammen, um ein Dokument über die Stärkung und Reformierung der politisch-ideologischen Arbeit in den Unternehmen zu diskutieren und im Prinzip zu verabschieden. Die Plenarsitzung beschloß außerdem, das Dokument nach weiteren Abänderungen an die 3. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees zur Beratung und Beschlußfassung zu überweisen (RMRB, 3.9.88).

Angaben über den konkreten Inhalt des Dokuments wurden in dem kurzen Bericht der *Volkszeitung* nicht gemacht. Ziel der geforderten Reform der ideologisch-politischen Arbeit ist es offenbar, die politische Arbeit den heutigen Erfordernissen anzupassen und in den Dienst der wirtschaftlichen und politischen Reformvorhaben zu stellen. Der politisch-ideologischen Arbeit in den Unternehmen kommt dabei insofern eine besondere Bedeutung zu, als nach dem neuen Unternehmensgesetz auch die politische Ar-

beit unter der einheitlichen Führung des Betriebsdirektors erfolgen soll, während das Parteikomitee nur noch eine unterstützende und kontrollierende Funktion ausüben darf. Damit soll die politische Arbeit in den Betrieben besser als bisher in den Dienst des wirtschaftlichen Aufbaus gestellt werden (vgl. RMRB, 30.8.88).

An der Sitzung, die von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang geleitet wurde, nahmen 13 von 17 Politbüro-Mitgliedern sowie Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen teil. Außerdem war eine nicht bekannte Anzahl von "Verantwortlichen" als Beobachter zugegen. -sch-

\* (6)

### 12. Plenarsitzung des KPCh-Politbüros

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh trat am 24. September 1988 zu seiner 12. Plenarsitzung zusammen und beschloß, die 3. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh für den 26. September 1988 einzuberufen. Das Politbüro diskutierte den Arbeitsbericht von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang für diese ZK-Plenartagung und erklärte hierzu seine Zustimmung. An der Sitzung des Politbüros, die unter der Leitung von Zhao Ziyang stand, nahmen 15 der 17 Politbüro-Mitglieder und Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen teil. Eine nicht genannte Anzahl von "Verantwortlichen" waren als Beobachter auf der Sitzung zugegen. (RMRB, 25.9.88) -sch-

\* (7)

### 3. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh

Die 3. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh fand vom 26. bis 30. September in Beijing statt. An der Tagung nahmen 165 ZK-Mitglieder und 103 ZK-Kandidaten teil. Anwesend als Beobachter waren 184 Mitglieder der Zentralen Beraterkommission, 67 Mitglieder der Zentralen Disziplinarkontrollkommission sowie 63 weitere "verantwortliche Genossen". (RMRB, 27.9.88, 1.10.88)

Am ersten Tag trug ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang seinen Bericht für die ZK-Tagung vor. Der Bericht, der von der *Volkszeitung* nicht veröffentlicht wurde, gliederte sich in drei große Teile:

1. Die Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds und die Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung bilden den Schwerpunkt der Reform und des Aufbaus in den kommenden zwei Jahren.